

Freie Wähler Dettenheim Haushaltsrede 2023

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Göbelbecker,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
werte Damen und Herren,

Der Verabschiedung unseres Haushaltsplans für das Jahr 2023 gehen 3 durch die Covid 19 geprägte Jahre voraus und ein Jahr mit einem Krieg vor unserer Haustür, dessen Folgen auch in unserer Gemeinde spürbar sind und zukünftig noch spürbarer werden. Die Haushaltsgestaltung ist deshalb keine Routineangelegenheit mit der leicht veränderten Fortschreibung der Vorjahreszahlen. Es gilt, zusätzliche Aufgaben zu bewältigen und Prioritäten an die Herausforderungen anzupassen.

Noch haben wir aber keinen Grund zu jammern. Der Haushalt und die Gemeindefinanzen sind solide, auch in der mittelfristigen Vorausschau. Alle Rechnungsergebnisse der vergangenen Jahre waren besser als die Prognosen. Das zeichnet eine vorsichtige Planung aus und ist allemal besser, als umgekehrt. Die Einnahmesituation unserer Gemeinde hat sich über die letzten Jahre insgesamt stetig verbessert.

Trotzdem schaffen wir es nicht, den Ergebnishaushalt auszugleichen. Nach der mittelfristigen Finanzplanung kann das erst ab 2025 gelingen. Nicht durchfinanzierte Pflichtaufgaben aus Berlin und Stuttgart und überbordende Bürokratieranforderungen haben dabei einen erheblichen Anteil und schränken unseren kommunalen Handlungsspielraum ein. Im Rahmen meiner Redezeit werde ich nur beispielhaft auf Einzelpositionen eingehen.

Bei der Betreuung von Kindern bis 6 Jahren hat der Zuschussbedarf inzwischen 1,85 Mio€ erreicht bei stagnierenden Landeszuschüssen. Mit den Elterbeiträgen liegen wir unterhalb der empfohlenen 20% der Betriebskosten, sicher aber an der Belastungsgrenze vieler Eltern. Wir stellen uns dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die aber viel starker Co-finanziert werden müsste. Die Einrichtung der Zwergenstube als neues, gut angenommenes Angebot ist ein Beispiel. Bei den Kindergärten sind wir mit den Trägern übereingekommen, die längst fällige Ausbildungsreform mit der Einführung von Praxis-Integrierten-Ausbildungsstellen anzugehen. Tageseltern unterstützen wir mit freiwilligen Zuschüssen, um im Wettbewerb mit anderen Kommunen zu bestehen. Das ist sicher gut angelegtes Geld. Aber wäre es nicht besser, die Entlohnung der Tageseltern auskömmlich zu vereinbaren?

Beim Anspruch auf Ganztagsbetreuung der Grundschüler ab 2026 meint das Land seinen eigenen Weg gehen zu müssen, ähnlich wie bei der Grundsteuer. Bis heute kennen wir aber die Rahmenbedingungen nicht. Wir können weder personell noch räumlich planen. Das fällt uns besonders bei der Pestalozzischule auf die Füße, wo der begonnene Planungsprozess auf Eis liegt. Mit außerhalb der Prognosen liegenden Zunahme der Schülerzahlen ergibt sich jetzt auch in der Tullaschule Handlungsbedarf, wo wir eine schnelle und abgestimmte Lösung wollen.

Ausgabensteigerungen gibt es auch im Bereich des Katastrophenschutzes. Für die Feuerwehr

haben wir mit dem Bedarfsplan ein langfristiges Konzept. Mit dem Führungsfahrzeug haben wir ja gerade vorhin ein Element realisiert. Die Alarmsirenen hat die Gemeindeverwaltung in Schuss gehalten, so dass die flächendeckende Ergänzung finanziell im Rahmen blieb. Deutlich höhere Kosten entstehen für die Notstromversorgung mit stationären und mobilen Aggregaten und die entsprechenden Einspeisemöglichkeiten. Hier ist die Gemeindeverwaltung gefordert, sich auch um die Logistik für die Betriebsstoffe zu kümmern. Warum wir nun auf kommunaler Ebene hier zunehmend in die Pflicht genommen werden, während sich das Land bei der geplanten Grundwasserhaltung in Rußheim ausschließlich auf die Stromversorger verlassen will, erschließt sich uns nicht.

Die Dringlichkeit der Notstromversorgung ergibt sich durch die völlig veränderte Lage bei der Energieversorgung. Diese hat heftige finanzielle Folgen, auch auf lange Sicht. Bei den kostendeckenden Einrichtungen wie Wasserwerk und Abwasserbehandlung geben wir diese einfach an die Verbraucher, also die Einwohner weiter. Bei Zuschussbetrieben wie dem Hallenbad bekommen wir 800 Unterschriften, noch bevor der Gemeinderat überhaupt über Energieeinsparungen diskutiert. Ich bin gespannt, ob und wie wir die vorgegebenen Einsparziele erreichen. Ich hoffe, dass unser über ein Förderprojekt eingestellter Energiemanager uns Möglichkeiten aufzeigen und gute Vorschläge machen kann.

Mit der Tiefenwärme sitzen wir hier in Dettenheim auf einem Potential grundlastfähiger erneuerbarer Energie. Dieses ist ein Schlüssel für die Wärmeversorgung der Region und für einen Beitrag zu unseren Gemeindefinanzen. Im Gegensatz zu anderen Gemeinden haben wir hier (noch) die Möglichkeit bei den Konditionen mitzureden. Die Freien Wähler sind dafür, dieses Potential zu nutzen. Angesichts der überregionalen Bedeutung fordern wir aber die Landesregierung auf, für die unbürokratische und umfassende Abdeckung von Schadensrisiken zu sorgen und damit Ängste der Bevölkerung auszuräumen.

Auch bei unseren Wertstoffhöfen gibt es eine unglückliche Aufgabenvermischung. Die Abfallwirtschaft ist Aufgabe des Landkreises und wird durch Abfallgebühren und die Kreisumlage gedeckt. Wir betreiben beide Höfe in Eigenregie und erhalten eine Kostenerstattung des Landkreises. Mit der Bringregelung beim Bioabfall hat sich unser Aufwand erhöht. In 2023 weisen wir einen Zuschussbedarf von ca. 130 T€, also 20 € je Einwohner aus. Dies gilt es im Auge zu behalten.

Die Planungsarbeiten zum Spielplatzkonzept stehen vor dem Abschluss. Für die Umsetzung sind in diesem und den Folgejahren Mittel eingeplant. Beim Biketrail gibt es eine Einigung zum möglichen Standort. Die entstehenden Kosten und Rahmenbedingungen sind noch zu klären.

Werfen wir nun den Blick auf einige Investitionsbereiche. Auch hier kümmern wir uns notgedrungen um Dinge, die keine originäre kommunale Aufgabe sind. Ein Beispiel ist die Breitbandversorgung. Inzwischen fallen hier jährlich 45 T€ an Kosten an. Die Investition in die Breitbandgesellschaft des Landkreises hat letztendlich nun doch private Netzbetreiber aktiviert und der Ausbau steht bevor. Begleitmaßnahmen wie Gehwegsanierungen werden uns aber auch hier organisatorisch und finanziell belasten.

Ein wichtiger Punkt war und ist für uns die hydraulische Kanalsanierung, für die eine Prioritätenliste erstellt und teilweise schon abgearbeitet wurde. 2023 investieren wir hier über 1 Mio€, um bei Starkregen besser geschützt zu sein.

Die Städtebauliche Sanierung in Liedolsheim geht mit der Neugestaltung der Dettenheimer Straße weiter. Mit dem überörtlichen Sanierungskonzept sind auch bereits Grundlagen für einen erneuten Förderantrag für Rußheim geschaffen. Diesen gilt es rechtzeitig anzugehen.

Der großteils barrierefreie Umbau der ersten Bushaltestellen ist mit 600 T€ geplant. Der anfangs mit 75% großzügig erscheinende Fördersatz reduziert sich aber durch

Baukostensteigerungen und die neu hinzukommende Haltestelle Friedrichstraße erheblich.

Beim Neubaugebiet Hagäcker-Weglängenäcker sind nochmals Mittel für den Grunderwerb und den Kreiselschluss eingestellt, denen aber auch Einnahmen aus zukünftigen Grundstücksverkäufen entgegenstehen.

Bei Baumaßnahmen haben uns in den letzten Jahren explodierende Preise sowie Material- und Mitarbeiterengpässe bei den Auftragnehmern Probleme bereitet, wie sie auch jeder private Bauherr kennt. Angesichts dieser Gegebenheiten ist es unverständlich, dass Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung in sozialen Netzwerken angegangen werden, wenn eine Baustelle etwas länger dauert oder eine Umleitung über eine sonst ruhige Wohnstraße erfolgt. Hier wäre eine gewisse Beruhigung dieses Wirtschaftssektors wünschenswert.

Nach dem Kernhaushalt noch ein paar Worte zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung. Für die Freien Wähler Dettenheim hat die Wasserversorgung in kommunaler Hand einen sehr hohen Stellenwert. Mit unseren Grundwasservorkommen haben wir auch beste Voraussetzungen, dass dies so bleibt, auch wenn die Betriebskosten durch die zunehmende Regulierung steigen. Durch bereits begonnene und in den nächsten Jahren fortgesetzte Modernisierungsmaßnahmen besteht hier ein erheblicher Investitionsbedarf. Die Kosten werden sich auf die Verbrauchsgebühren auswirken, dies aber aus heutiger Sicht in einem tragbaren Rahmen. Die Neu- und Umbaumaßnahmen im laufenden Betrieb durchzuführen stellt auch hier hohe Anforderungen an unsere Mitarbeiter und die beteiligten Planungsbüros.

Abschließend bedanken wir uns bei der Verwaltung, und allen dortigen Mitarbeitern, für die allzeit gute Zusammenarbeit, stellvertretend dem alten Rechnungsamtsleiter Köhler und dem neuen Rechnungsamtsleiter Schuhmacher für die Aufbereitung des umfangreichen Zahlenwerkes. Bei Bürgermeisterin Ute Göbelbecker bedanken wir uns für das solide Wirtschaften, das uns finanzielle Spielräume erhält, für die Weichenstellung für wichtige Zukunftsaufgaben und für eine gut aufgestellte Verwaltung, mit der wir diese Aufgaben bewältigen können.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt dem Haushaltspan 2023 und dem Wirtschaftsplan für das Wasserwerk zu.